

Die „Weltanschauung“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag, auch in der Expedition, Neue Hauptstraße 6/8 durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Bande 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7249.

# Volkswohl

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

## Organ für die werththätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Abbestellungsgeld beträgt für die ständige Beilage über deren Abbestellung 20 Pfennige, für Berlin und Veranlassung-Angehörige 10 Pfennige. Inverale für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 114.

Dienstag, den 18. Mai 1897.

8. Jahrgang.

### Parlamentarisches.

#### Deutscher Reichstag.

Die heutige Sitzung theilte das Schicksal einer Reihe ihrer Vorgängerinnen; sie mußte nach nur fünfviertelstündiger Dauer wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen werden, mit Heranzahlung aller Reserven waren nur 141 Abgeordnete zur Stelle zu schaffen. Die Nationalliberalen und das Centrum drangen mit ihrem Antrage, die Vorlage über den Servistarif, die zur zweiten Lesung stand, nochmals in die Commission zurückzuweisen, nicht durch; die Linke wie die Rechte stimmten dagegen, nachdem Genosse Singer es als besser bezeichnet hatte, zunächst Alles beim Alten zu lassen, als durch die Regelung der „Zuständigkeitsvertheilung der Orte und des „Abnahme“ der Zuständigkeiten, die von den Parteien der Mitte erstrebt wird, einen großen Theil der Beamten zu benachtheiligen. Herr Hammacher bestand auf seinem Schein und bereitete durch seine Anweisung der Beschlußfähigkeit der Sitzung ein jähes Ende. Die Blöcke sind heute freilich ohnehin mehr nach dem Abgeordnetenhaus gerichtet, wo das neue preussische Gesetz zur Erdrückung des Vereins- und Versammlungsrechtes auf der Tagesordnung steht; morgen wird der Reichstag sein Wortlein dazu sagen; er beräth nach dem Vorschlage seines Präsidenten, der Herr von Kardorff freilich nicht gefiel, den Antrag Nicker auf Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine, der, anders als das Ministerium Hohentlohe, ein feierliches Versprechen ohne reactionäre Verkitterung einlöste.

222. Sitzung vom 17. Mai, Nachm. 1 Uhr. Eine lange Reihe von Urlaubsgesuchen wird bewilligt. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. den Servistarif und die Klassen- eintheilung der Orte.

Abg. v. Leipzig (cons.) referirt zunächst über die Verhandlungen und Beschlüsse der Budgetcommission. Der Servistarif ist im Allgemeinen angenommen und nur in den Sätzen etwas abgeändert worden. Außerdem hat die Commission gleich ein Verzeichnis derjenigen Stellen des Landbesitzes und der Marine, die unter die ersten 9 Absätze des Servistarifs fallen, festgestellt, während nach der Vorlage dies Kaiserlicher Verordnung vorbehalten bleiben sollte.

Abg. Dr. Hammacher (natlib.) beantragt, die Vorlage zur nochmaligen Prüfung an die Budgetcommission zurückzuverweisen, da sie bis jetzt nur halbe Arbeit geleistet habe. Diese Vorschlags- heit werde im Lande große Unzufriedenheit erregen.

Abg. Dr. Lieder (Centr.) bemerkt zur Geschäftsordnung, daß er beabsichtigt habe, denselben Antrag zu stellen. Es sei zu wünschen, daß die Commission auch über den von ihr abgelehnten § 2, der von der Klaffeneintheilung der Orte handle, einen tabellarischen Bericht erstatte, damit das Plenum bei der zweiten Lesung daran anknüpfen und etwaige Anträge stellen könne.

Abg. Singer (Soc.) erklärt sich gegen die Zurückverweisung an die Commission, einmal aus formellen, dann aber auch aus materiellen Bedenken schwerer Art. Die Ungerechtigkeit werde geradezu an den Haaren herbeigezogen, die zu beseitigen die Hauptaufgabe der Commission war. Alle diejenigen Beamten, die nicht in die höhere Dienstklasse kämen, und das ist die Mehrzahl, würden auch keinen höheren Wohnungsgeldzuschuß erhalten und dadurch ungerecht benachtheiligt werden. Da sei es besser, die Sache zunächst beim Alten zu lassen. Das sei der stärkste Anreiz für die Regierung, die Wohnungsgeldzuschußfrage besonders zu lösen und zwar möglichst rasch.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Hammacher-Lieder gegen Freisinnige, Socialdemokraten und die Rechte abgelehnt. Es wird also in der Beratung fortgefahren.

Vor der Abstimmung über Paragraph 1 begreifst Abgeordneter Hammacher die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Heiterkeit und Unruhe.)

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 141 Abgeordneten.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. Tagesordnung: Erste Beratung des Antrages Nicker und Genossen über die Aufhebung des Verbots politischer Vereine, mit einander in Verbindung zu treten. Handwerker-Vorlage.

Der Präsident hebt hervor, daß er die Tagesordnung in dieser Weise festlege, weil er damit dem Wunsche einer großen Anzahl von Mitgliedern und der Geschäftsstelle entspreche.

Abg. von Kardorff (Heic.) erklärt, keinen Widerspruch erheben zu wollen (Rufe links: Können Sie gar nicht!) aber doch constatiren zu müssen, daß die Reihenfolge der Initiativanträge festgelegt sei und nicht durch das Belieben des Präsidenten durchbrochen werden dürfe. (Unruhe.)

Präsident von Busch weist diesen Vorwurf als ungerecht zurück und verbittet sich jede Kritik seiner Geschäftsführung. (Lebhafte Verfall links und im Centrum.)

Schluß 2 Uhr 30 Minuten.

#### Das Vereinsgesetz im Abgeordnetenhaus.

Gestern begann im preussischen Abgeordnetenhaus, unter sehr starker Theilnahme der Mitglieder, die erste Beratung der famosen Novelle zum Vereinsgesetz. Als erster Redner nahm das Wort der Reichsanwalt Fürst Hohentlohe: Er habe in eine Besprechung der Vorlage eingetreten, sehe ich es für nöthig an, einem viele Male erhobenen Vorwurfe entgegenzutreten, daß die seiner Zeit im Reichstage gegebene Zusage nicht erfüllt sei. Ich habe damals erklärt, es liege in der Absicht der verbündeten Regierungen, das Verbindungsverbot aufzuheben, um dem durch das Verbot geschaffenen Rechtszustande abzuhelfen. Als mir ein Abgeordneter bemerkte, es könnten in den Einzelstaaten vielleicht Bedingungen an die Aufhebung des Verbots geknüpft werden, Bedingungen betreffend Verschärfung des Vereins- und Versammlungsrechtes, da erfolgte vom Bundesrathsidee aus keine Antwort. Seitens der preussischen Regierung deshalb nicht, weil sie sich über ihre Absichten damals noch nicht schlüssig gemacht hatte. Dann nun den damals gehegten Erwartungen entgegen weitere Modifikationen des Vereins- und Versammlungsrechtes vorgeschlagen werden, so glaubt die Regierung, daß dies der geeignete Weg sei, ihr gegebenes Versprechen einzulösen. Denn ist es schon zweifelhaft, ob eine bloße Aufhebung des Verbindungsverbots eine Mehrzahl in diesem Hause finden würde, so ist doch noch viel weniger auf ein Zustimmung dazu seitens des Herrenhauses zu rechnen. Das im Reichstage gegebene Versprechen wäre dann also zwar formell, aber nicht materiell erfüllt worden. Das ausschlaggebende Moment bei der jetzigen Vorlage ist, daß die Verordnung von 1850 nicht genügt, um die gesetzliche Ordnung und Sicherheit zu verbürgen. Ich sehe nicht an zu erklären, daß das Vereins- und Versammlungsrecht eine werthvolle Errungenschaft ist, andererseits wird man aber auch in vorgeschrittenen liberalen Kreisen zugeben, daß ein solches absolutes, uneingeschränktes Recht große Gefahren in sich birgt. (Große Heiterkeit links und im Centrum.) Einer schrankenlosen Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes entgegenzutreten, ist durch das Gesetz vom 1850 nicht überall gelungen. Die Vorlage geht nicht hinaus über das, was schon in anderen deutschen Staaten Recht ist.

Der Reichsanwalt fährt sodann, besonders auf die Bestimmungen in Bayern Bezug nehmend, dies im Wortlaute an und fährt fort: Herrschen denn nun in Bayern unerträglich Zustände? Das wird Niemand behaupten. Aber die Einzelheiten wird sich noch der Herr Minister des Innern auslassen. Ich meinerseits will nur noch bemerken, daß die Staatsregierung das verfassungsmäßige Vereins- und Versammlungsrecht keineswegs irgendwie antasten will. (Heiterkeit links und im Centrum.) Ich werde mich freuen, wenn das hohe Haus die Novelle einer eingehenden Prüfung unterwerfen wird. Es handelt sich hier nicht um einen willkürlichen Eingriff in das Vereins- und Versammlungsrecht, sondern nur um eine Ausgestaltung desselben, entsprechend den Bedürfnissen der Zeit. (Lebhaftes, anhaltendes Zischen links und im Centrum, sowie Verfall rechts.)

Abg. Dr. Krause (natl.): Wir haben keinen Zweifel daran, daß der Herr Reichsanwalt im guten Glauben gewesen ist, daß er

mit dieser Vorlage sein Versprechen einlösen könnte. Eine andere Frage ist aber die, ob wir eine solche Einlösung des Versprechens erwarten konnten. An die Gegenforderung von „Compensationen“ hat Niemand unter uns gedacht, am wenigsten aber an solche Compensationen. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Wenn wir aber dieser Vorlage in großen Theilen nicht zustimmen können, so wollen wir doch einer eingehenden Förderung uns nicht widersetzen. Nicht als ob diese nicht auch im Plenum möglich wäre, sondern weil wir auch den Anschein vermeiden wollen, als irato zu handeln, wollen wir dem Wunsche großer Parteien, eine Commissionsberatung herbeizuführen, nicht widerstreben. Zunächst hätten wir gewünscht, daß die Regelung durch Reichsgesetz erfolgt wäre, hier, wo es sich um so wichtige Volksrechte handelt. Das Verbindungsverbot war vollkommen werthlos geworden und wurde tagtäglich von allen Parteien verletzt; für die Aufhebung einer so völlig werthlosen Bestimmung zählt man keine Compensationen. Aber das Versprechen muß natürlich eingelöst werden, und wenn diese Vorlage fällt, so ist der Reichsanwalt verpflichtet, sie auf rechtsgesetzlichem Wege herbeizuführen. (Sehr richtig!) Redner geht dann auf die Einzelheiten ein. Das Verbindungsverbot für Minderjährige werde von seinen Freunden nicht für eine Beschränkung, sondern für eine thatächliche Sicherung des Vereins- und Versammlungsrechtes angesehen, das durch solche unreife Personen nicht selten geradezu illusorisch gemacht werde. Auch der socialdemokratische Abg. Kuer habe für eine solche Bestimmung sich gewissermaßen zustimmend geäußert. Mit der Fassung in Artikel 5 sind wir aber nicht einverstanden. Wenn die Polizei das Recht hat, eine Versammlung aufzulösen, weil nach ihrer Ansicht Minderjährige sich in ihr befinden, dann ist das ganze Versammlungsrecht aufgehoben. Gegnerische Parteien können dann ja abthätlich junge Leute in Versammlungen ihrer Gegner schicken, mit deren Auflösung herbeizuführen. Noch ganz anders liegt die Sache bei Art. 1 und III. Es ist nämlich zu prüfen, ob diese Artikel — ich verweise nur auf den Begriff „öffentlicher Frieden“ — nicht Verfassungänderungen enthalten, und an solche darf man in unserer Zeit nur mit größter Vorsicht herantreten. Wie große Vorsicht gegenüber der Anwendung durch die Behörden erforderlich ist, hat ja ihre Spitze selbst, der Minister des Innern, bewiesen, als er gegenüber den offensibaren Verletzungen des öffentlichen Friedens gegen den Verein Nordost, die Abgeordnete Nicker in dankenswerther Weise hier zur Sprache gebracht hat, kein anderes Wort hatte, als: Die Auffassung der den pommerischen Behörden sei eine „nicht ganz geklärt“. Ja, die Auffassung des Ministers war uns da freilich eine ganz „gekälte!“ (Zustimmung und Heiterkeit links und im Centrum); durch alle Reglements ist die richtige Handhabung der Gesetze nicht gewährleistet, dazu gehört Tact, und den haben die Behörden doch oft genug zu sehr vermissen lassen. (Sehr richtig!) Die Bestimmungen, die bei correcter Auslegung überflüssig, weil selbstverständlich, aber wenn sie ausdrücklich solche Bestimmungen treffen, so müssen sich die untergeordneten Polizeibehörden fragen: Was läuft den Strafgesetzen zuwider? Dann kommen sie sehr leicht zu Mißdeutungen und solcher Gesetzeanwendung; man denke nur an den „groben Unfug“. Das bestehende Gesetz reicht vollkommen aus. Ebenso wenig ist der Begriff der „öffentlichen Sicherheit, insbesondere der Sicherheit des Staates“ klar und nicht der Mißdeutung fähig. Es ist doch unmöglich, wenn wir uns über diesen Begriff nicht einigen können, die Entscheidung darüber den überwachenden Polizeibehörden zu überantworten. Und nun gar der „öffentliche Frieden“! Der Minister hat neulich dem Verein Nordost Verleumdung des Friedens vorgeworfen (Sehr richtig! rechts); ich frage Sie, wollen Sie auf Grund des Artikels I auch den Verein Nordost schließen? (Abg. Nicker: Natürlich!) Gewiß wollen wir, daß die öffentliche Sicherheit, der öffentliche Friede gewahrt werde, aber wir wollen die Entscheidung über diesen Dabestand nicht dem Größten untergeordneten Polizeibehörden überlassen (Sachen rechts), denn in 99 von 100 Fällen werden sie nicht das Richtige treffen. Wir bedürfen keiner neuen Spitzmittel gegen die Unzufriedenheiten, wir nur Alle gegen sie fest zusammen! (Sachen rechts.) Mit Polizeimaßregeln eine geistige Bewegung unterdrücken zu wollen, ist allerdings ein verhängnißvoller Irrthum. Ich bin jetzt mit einem großen

## Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

57] Nachdruck verboten.

Er merkte wohl, daß sie ihre Ueberraschung über sein verändertes Aussehen nur mühsam verbarg, aber es that ihm noch weher, daß er sie selbst so törrig verändert fand.

„Was hat man denn Dir gethan?“ hätte er sie fragen mögen; „wohin ist Deine Frische und Deine Unbefangtheit? Dein froher Rundblick und Dein unschuldiges Lächeln?“

Sie war üppiger geworden, oder erschien wenigstens so, in dem von einem Kleiderkünstler verfertigten Kleide, das ihrer Gestalt die anmuthigste Rundung verlieh, aber ihre Wangen waren blaß und tiefe bläuliche Schatten lagen unter den Augen, die einen müden Ausdruck zeigten.

Zärtliches Mitleid wallte in seinem Herzen für sie auf, und voll zarter ängstlicher Theilnahme stellte er einige Fragen an sie, aber sie wich ihnen aus und heuchelte völliges Wohlfinden.

Sie war wohl berechtigt, dem Fremden gegenüber ihr gestörtes Eheglück zu verheimlichen; aber Helene war auch gegen ihren Arzt nicht mehr aufrichtig und nicht einmal gegen sich selbst.

Sie mußte sich ihre Lage verhehlen, wenn sie sie ertragen und darin fortleben wollte.

Und das wollte sie. Sie war jetzt an das Wohlleben gewöhnt, wie an den Mühsigang.

Es war doch sehr angenehm und bequem, von Anderen gefleddert und bedient zu werden und sich täglich an einen gut bestellten Tisch setzen zu können, ohne jede andere Verpflichtung, als Kritik zu üben, sobald die Arbeit nicht gut und pünktlich geleistet wurde.

Sollte sie sich dieser Vorrechte selbst und freiwillig begeben? Sollte sie ihre Existenz vernichten? — Wie würde sich ihr Schicksal gestalten, wenn Er sie nicht mehr ernähren würde?

Sie hatte nichts gelernt und ihre Hände erwiesen sich ungeschickt zu jeder Arbeit, würde es ihr überhaupt nur möglich sein, etwas zu verdienen?

Und wenn es ihr nicht gelingen würde, sich selbst zu versorgen, was sollte dann aus ihr werden?

Nicht klar und direct stellte sie sich diese Fragen — sie wich ihnen vielmehr aus und versuchte sich selbst zu täuschen. Was Furcht und Feigheit war, nannte sie Anstand und Pflicht. Die Sittlichkeit gebiete ihr, sich mit Allem abzuwenden und sich in Alles zu fügen, sagte sie sich.

So lange Erich abwesend war, waren ihre Vorsätze stark und lebendig, aber sobald sie ihn vor sich hatte, vermodete sie ihre immer stärker hervortretende Abneigung nur mühsam zu verbergen.

Aber im Namen dieser Sittlichkeit heuchelte sie und log; ihr Lächeln war ein Krampf, sie erschauerte unter seinem Rufe, und gab sich ihm hin mit zusammengehissenen Lippen.

Erich war weit entfernt, diese Abneigung zu ahnen. Er war viel zu eitel, um dies nur für möglich zu halten. Wollüstige Sinnlichkeit war ihm der Grundzug des weiblichen Charakters, den er auch bei seiner Gattin voraussetzte. Aber eben deshalb reizte es seinen Egoismus, daß sie das Glück, das er ihr bot, scheinbar so kühl genoss und sich nicht Mühe gab, es besser zu verdienen.

Auch für die gesellschaftliche Stellung, die sie durch ihn gewonnen hatte, schien sie noch immer nicht den richtigen Werthmesser zu besitzen. Anfänglich hatte er sie für zu jung und zu albern gehalten, um dies zu verstehen, aber nun traten bei ihr über diese Gesellschaft, über die Menschen, unter denen sie lebte, eigenartige, sie verurteilende Anschauungen zu Tage, die er nicht theilte, und die ihn deshalb verletzten.

Anders zu denken, zu fühlen, zu urtheilen als er, erschien ihm bei dem Weibe, das er erzogen hatte, als etwas vollständig Ungehöriges, als ein Verbrechen.

Er fing an, den Mangel an Strenge zu beklagen und seine ideale Vornehmheit, die es ihm nie gestattet hatte, sie in den gemeinen Bedürfnissen des Lebens zu beschränken, um sie für jede Widerpenstigkeit zu bestrafen, wie es Petruccio bei seinem Käthchen gethan.

Er schien es nicht zu wissen, daß die Abhängigkeit des modernen Weibes von ihrem Gebieter noch ebenso groß ist, als sie jemals gewesen und daß ihm heute weit raffinirtere Mittel zu Gebote stehen, um sie zu beugen. Unbewußt machte er davon Gebrauch, indem er seinen Geldsack sehr zühielt.

Damit war ihr Alles versagt, was sie geistig und gemüthlich erfrischen und erfreuen konnte, denn sie vermochte sich keinen Wunsch zu erfüllen, ohne vorher bei ihm zu betteln, und so wurde ihr ihre ökonomische Abhängigkeit täglich fühlbarer.

Gegen die Eltern benahm er sich schlecht. Er machte den Vater, dessen Bestimmungen er zu verdächtigen begann, für die radikalen Aeußerungen verantwortlich, die Helene hier und da entschlipfen, und untersagte ihre Besuche im Elternhause. Was sie liebte, dem mißtraute er, er quälte sie abthätlich, um sie zur Liebe zurückzuführen.

Wie Petruccio übte er seine Macht mit jenem tyrannischen naiven Egoismus, der, da ihm Niemand darin zu beschränken sucht, sich völlig in seinem Rechte glaubt. Aber das moderne Weib hat Nerven, und Helene lernte sie ihm fühlbar zu machen. — Frauenmerven!

Erich wußte, was das zu bedeuten habe, er hatte schon darunter zu leiden gehabt; bei seiner legitimen Frau wollte er sich Nerven ersichtlich verbeten haben.

Aber es schien, als ob er diesen pathologischen Zuständen gegenüber auch hier den Kürzeren ziehen würde und dieser Gedanke erschreckte ihn.

Helene schien indes wirklich zu leben, ihr Aussehen bezeugte es, aber wenn dann einmal eine großmüthige Regung in ihm aufstieg, war sie es wieder, die sie zurückwies. (Fortf. folgt.)



Thelle meiner Freunde sehr zweifelhaft geworden — oder vielmehr wir haben keinen Zweifel, daß man heute die Socialdemokratie nicht mehr mit Sondergesetzen bestrafen kann. Bei allgemeinen Gesetzen aber ist die größte Vorsicht nöthig. Die Erklärungen von Ministern können uns nicht beruhigen, denn auch Ministerien sind heute Blößen, zu deren Abwehruug nicht einmal ein Sturm genügt. (Heiterkeit.) Eine ärmlichere Begründung für eine so wichtige Vorlage ist mir auch noch nicht vorgekommen (Heiterkeit); es fehlt an jedem Nachweis eines Bedürfnisses. Man verweist auf die Gesetze anderer Staaten, aber hat man dort damit etwa Erfolge gegen die Socialdemokratie erzielt, und wo hat man überhaupt jemals mit Polizeiwillkür gewaltsame Regierungen zu unterdrücken vermocht? Das Gegentheil ist damit erreicht worden! (Lebhafte Zustimmung.) Meine Freunde sind einig darin, daß diese Vorlage nicht geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu sichern, daß sie vielleicht sogar einmal gegen sie trotz ihrer Friedensliebe angewandt werden soll, und bedauern, hierbei nicht mit denen zusammengehen zu können, mit denen wir sonst gern gemeinsam den Kampf gegen den Unkraut führen möchten. Geheime Krankheiten ruiniert man nicht mit Polizei-Medikamenten! (Lebhafte Zustimmung links und im Centrum, Zischen rechts.)

Abg. v. Wendeband (cons.): Wir erkennen an, daß diese Vorlage im Wesentlichen durchaus das Richtige trifft, und werden für sie eintreten. Auf Abänderungen können wir uns nicht einlassen, wenn die Vorlage überhaupt noch einen Werth für uns behalten sollte. Hr. Krause will kein allgemeines Gesetz, er will auch kein Socialistengesetz; ja, das ist entweder der Bankrott des Staates oder ein Widerspruch. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wenn wir in den Formen der Verfassungsänderung diese Punkte besser regeln, so handeln wir durchaus im Geiste der Verfassung. Im Reichstage ist ein auch nur einigermaßen unserer Auffassung entsprechendes Vereinsgesetz nicht zu erlangen, deshalb thut die Regierung ganz recht, sich an den preussischen Landtag zu wenden. Dem allen preussischen Staatsgebanen entsprechend, muß wirksame Vorsehr gegen die Elemente des Unkrautes getroffen werden, und da ist es unsere Pflicht, die Regierung hierin zu unterstützen. (Lebh. Beifall rechts.) Die allgemeinen Begriffe „Frieden“, „Ordnung“ u. s. w. lassen sich nicht definiren, da fragt es sich nur, haben Sie das Vertrauen zu den Behörden, daß sie das Richtige treffen (Rufe links: Nein!) so nehmen Sie das Gesetz an; wenn nicht, so lehnen Sie es ab. Wir dürfen die Freiheit des Einzelnen nicht über das Staatsinteresse stellen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Minister v. D. A. d. C.: Ich danke dem Herrn Redner für seine Heiterkeit links, muß aber um so mehr den Standpunkt des Abg. Dr. Krause bedauern, der sich nicht auch bei einem großen Theil der national-liberalen Wähler ein sehr erhebliches Mißbehagen veranlassen wird. (Süßmüthiger Widerspruch und Lachen bei den National-Liberalen.) Der Minister verweist sich dann dagegen, daß er das Verhalten des Stollers Landtags billigt habe; er habe ausdrücklich erklärt, daß er sich bei der Handhabung nicht annehmen könne. Die Unterstellung, daß er seine Beamten nicht zur strikten Beobachtung der Gesetze anhalten würde, müßte er auf das Entschiedenste zurückweisen. (Gächler.) Die preussische Regierung müßte im Voraus angeben, was sie nicht erlauben konnte, das in absehbarer Zeit der Reichstag für die Wahlen geben werde, die sie nöthig zu haben glaube. Sie habe sich auch schon längere Zeit mit dieser Frage befaßt, nicht erst seit dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Mit der enorm steigenden Entwicklung des Vereinswesens mache auch der Mißbrauch und damit die Nothwendigkeit, dagegen Vorsehrungen zu treffen. So wie jetzt könne es nicht weiter gehen! (Sehr ruhig) rechts. Die preussische Regierung verlange nicht mehr, als was sich in anderen Staaten schon bewährt habe. Die Kritik an den Ausdrücken „öffentliche Sicherheit“, „Sicherheit des Staates“, „öffentlicher Frieden“ sei ebenfalls aber nicht zureichend, immer nur an den Mißbrauch der Bestimmungen denke, nicht überhaupt Alles ablehnen. Es sei auch jede mögliche Beweise gegen Mißbrauch geboten. Die Regierung habe durchaus keine unbilligen Absichten, sie wolle das Vereinsgesetz im Gegenstande und im Inhalt, soweit es irgend mit dem allgemeinen Staatsinteresse verträglich sei, bestehen lassen, wenn die Lage im Lande sich so verhalte, aber gewähren die Regierung die Bestimmungen, deren sie mehr als je bedarf. (Lebhafte Zustimmung links und im Centrum, unbehobener Beifall rechts. Abg. Richter ruft: Ober der Landtag!)

Abg. Richter (cons.): Die Regierung des Reichstages hat die den Bestimmungen dieses Gesetzes, die sich auf die Handhabung der Bestimmungen beziehen, nicht durch den Reichstag zu billigen, sondern die Handhabung der Bestimmungen durch den Reichstag zu billigen, und das ist ein Widerspruch. (Lebhafte Zustimmung links und im Centrum.)

Nach einer kurzen Pause wird die Sitzung fortgesetzt. Die Verhandlung über die Vorlage des Reichstages wird fortgesetzt. Die Regierung erklärt, daß sie die Bestimmungen des Gesetzes in der Weise handhaben werde, wie sie im Reichstagesbeschlusse enthalten sind, und daß sie die Handhabung des Gesetzes durch den Reichstag zu billigen werde. (Lebhafte Zustimmung links und im Centrum.)

Die Verhandlung über die Vorlage des Reichstages wird fortgesetzt. Die Regierung erklärt, daß sie die Bestimmungen des Gesetzes in der Weise handhaben werde, wie sie im Reichstagesbeschlusse enthalten sind, und daß sie die Handhabung des Gesetzes durch den Reichstag zu billigen werde. (Lebhafte Zustimmung links und im Centrum.)

Nach belanglosen Bemerkungen des conservativen Abgeordneten vom Liebenmann wird die Verhandlung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

**Politische Rundschau.**

— Die Nationalliberalen und die conservative Liebeswerbung. Die Conservativen bieten Alles auf, um national-liberale Stimmen für die Vereinsgesetz-Novelle einzufangen. Selbst die „Kreuz-Zeitung“, bei der Forderungen des Herrn von der Nede noch viel zu gemäßig sind, ist zum Schacher bereit und will mit einer Fassung des Gesetzes zufrieden sein, welche „das Mißtrauen der bürgerlichen Parteien“ entkräftete und sie davon überzeuge, daß es sich nur darum handelt, dem Unkraut den Daumen auf's Auge zu drücken, nicht aber den ruhigen Staatsbürger in seiner berechtigten politischen Bewegungsfreiheit zu hindern.“ Man wird sehr vorsichtig sein müssen in der Beurtheilung dessen, was von den Nationalliberalen in dieser Hinsicht zu erwarten ist. Vorläufig erfährt das reactionäre Liebesgitter noch keine Gegenliebe. Die „National-Zeitung“ erwidert auf die oben verzeichnete Zumuthung des Hammerstein-Organs: „Diese Ueberzeugung“ wird man, namentlich Angehörige der jüngsten Leistungen von Parteigenossen der „Kreuz-Zeitung“ in Bommern, durch keine veränderte „Fassung“ hervorrufen.“

— Die lex Nede und die Reichseinheit. In Süddeutschland ist man über den neuesten Cours in Preußen überaus verstimmt. Die gesammte Preisse Badens, Württembergs, Bayerns macht Front gegen die Zumuthungen des Herrn v. d. Nede. Man erblickt in dem Vorgehen der preussischen Regierung einen Bruch des dem Reichstage und damit dem deutschen Volke gegebenen Versprechens, eine Isolirung Preußens von Deutschland. Die Liebe der Süddeutschen zum Verantheilung ist stets nicht groß gewesen. Die jetzige preussische Regierung wird sie mit ihrem Vorgehen noch verringern.

— Die v. d. Nede'sche Theorie, daß Landräthe, welche Gesetzesverletzungen begehen, zu entschuldigen seien, wenn sie die Gesetze nicht kennen, ist selbst nicht nach dem Geismoße der „Abn. Ztg.“. Sie bemerkt treffend: „Der Gesetzgeber verlangt von jedem Laien, daß er alle Strafgesetze kennen soll, und er läßt keine Unkenntnis des Gesetzes als strafbefreiend zu. Die Landräthe aber mit nicht genügendem Kenntniß der Gesetze zu entschuldigen, deren Handhabung ihnen berufsmäßig anvertraut ist, das hätte man am allerwenigsten aus dem Munde des vorgelegten Ministers erwarten, schon weil dadurch den betroffenen Behörden ein Mißtrauen eugniß angesetzt wird, das jedenfalls für sie nicht schmeichelhaft ist.“

Wichtig. Aber nach preussischer Bureaukratenmoral kann ein Beamter niemals Irrthum haben. Und das wird auch so lange dauern, bis diesen bürokratischen Postentionen einmal gründlich No. 90000 begehrt werden.

— Der Rattenkriegs-Transport Steigers hat in der Sache des Auslands vorzüglich einen noch stärkeren Sturm der Gemüthung hervorgerufen, als in Deutschland selbst. Die Rattenkriegs-Transport Steigers hat in der Sache des Auslands vorzüglich einen noch stärkeren Sturm der Gemüthung hervorgerufen, als in Deutschland selbst. Die Rattenkriegs-Transport Steigers hat in der Sache des Auslands vorzüglich einen noch stärkeren Sturm der Gemüthung hervorgerufen, als in Deutschland selbst.

— Die Rattenkriegs-Transport Steigers hat in der Sache des Auslands vorzüglich einen noch stärkeren Sturm der Gemüthung hervorgerufen, als in Deutschland selbst. Die Rattenkriegs-Transport Steigers hat in der Sache des Auslands vorzüglich einen noch stärkeren Sturm der Gemüthung hervorgerufen, als in Deutschland selbst. Die Rattenkriegs-Transport Steigers hat in der Sache des Auslands vorzüglich einen noch stärkeren Sturm der Gemüthung hervorgerufen, als in Deutschland selbst.

— Die Rattenkriegs-Transport Steigers hat in der Sache des Auslands vorzüglich einen noch stärkeren Sturm der Gemüthung hervorgerufen, als in Deutschland selbst. Die Rattenkriegs-Transport Steigers hat in der Sache des Auslands vorzüglich einen noch stärkeren Sturm der Gemüthung hervorgerufen, als in Deutschland selbst. Die Rattenkriegs-Transport Steigers hat in der Sache des Auslands vorzüglich einen noch stärkeren Sturm der Gemüthung hervorgerufen, als in Deutschland selbst.

— Die Rattenkriegs-Transport Steigers hat in der Sache des Auslands vorzüglich einen noch stärkeren Sturm der Gemüthung hervorgerufen, als in Deutschland selbst. Die Rattenkriegs-Transport Steigers hat in der Sache des Auslands vorzüglich einen noch stärkeren Sturm der Gemüthung hervorgerufen, als in Deutschland selbst. Die Rattenkriegs-Transport Steigers hat in der Sache des Auslands vorzüglich einen noch stärkeren Sturm der Gemüthung hervorgerufen, als in Deutschland selbst.

Anschauungen zu huldigen. Denen gegenüber rechtfertigt eine „Insamie gegen einen Todten“ schon!

— Ueber die Zulassung der Frauen in Apothekerberuf soll der am 31. d. Mts. im preussischen Cultusministerium zusammengetretene neu errichtete Apothekerrath befinden. Minister Dr. Bosse wünscht durch die Apothekerrath vertretenen Sachverständigen die Frage erörtert zu sehen, inwieweit und unter welchen Bedingungen sich weibliche Kräfte im Apothekerberuf verwenden lassen. Soll dabei hauptsächlich darauf ankommen, zu prüfen: 1) nach den bisher gemachten Erfahrungen anzunehmen ist, sich weibliche Kräfte überhaupt zur Erlernung und Ausübung des Apothekerberufs eignen; 2) ob und welche besonderen Anforderungen an dieselben bei der Zulassung zum Apothekerberuf zu stellen sind; 3) ob ihnen der Betrieb einer Apotheke oder doch einer Zweigapotheke, und unter welchen Bedingungen, gestattet werden kann; 4) ob es zu dem Zweck des Erlasses neuer oder der Abänderung bestehender gesetzlicher oder administrativer Bestimmungen bedarf.

— Der Meineids-Proceß Schröder u. Genossen schwebt am Oberlandesgericht zu Hamm. Der Senat hat eine Reihe neuer Erhebungen angestellt, von dem Ergebnis es abhängt, ob es zu einem Wiederaufnahmeverfahren kommen wird oder nicht.

**Frankreich.**

Die französische Kammer, die heute, Dienstag, wieder zusammentritt, wird mit Stürmen beginnen. Neben dem Haupt des Cabinets Meline, das vor Ostern seiner sehr langen Urlaub als Schonfrist zu erwirken verstand, hat sich inzwischen verschiedene Gewitter — starke Gewitter — nie vereinigt — zusammengezogen. Das Hauptgewitter seine Elektricität von der Orientpolitik. Die jämmerliche No die Frankreich als russisches Anhängsel gespielt, und noch spielt, wird von allen französischen Parteien empfunden, und Herr Meline wird von Glück sagen können, wenn er das Wetter überdauert. Allein die anderen Gewitter, die in der Atmosphäre der inneren Politik entstanden sind, dürften vielleicht noch gefährlicher werden. Ein Leben ist bekannt, wie die Regierung es dem französischen Stumm: Kességuiert ermöglicht hat, Jaure's seinem Wahlkreis mundtot zu machen. Zu diesem und ähnlichen Scandalen kommt jetzt noch hinzu die Wahregelm Tom Mann's, dem in Paris nicht nur die Abhaltung einer Gasenarbeiter-Versammlung polizeilich untersagt, sondern auch aus Frankreich ausgewiesen ward. Die russische Wirtschaft ist den Franzosen denn doch zu empfinden, und Herr Meline kann sich auf einen heißen Empfang gefaßt machen.

**Italien.**

Crispi ist noch immer in Freiheit. Wie wir die „Avanti“ entnehmen, hat der mit allen Kunden gehegte Vredner den König direct bedroht — er werde, wenn man nicht auf die Anklagebank schleppet, Alles, was er wisse, erzählen. Und Herr Crispi weiß viel. Unter Anderem hat er — in den Lesern bekannt — die Schulden des vorigen, sehr lächerlichen und verschwenderischen Königs durch äußerst unregelmäßige Finanzmanöver mit den italienischen Banken beglichen und dadurch den jetzigen König selbst bis zu einem gewissen Grade in das italienische Panamino verwickelt. Die Operationen sind es augenscheinlich, die Crispi enthüllen will, und daß dem König solche Enthüllungen nicht angenehm liegen auf der Hand. Aber glaubt man denn, daß derartige Dinge verschwiegen bleiben? Im Gegentheil — die Enthüllungen werden von den Dächern, und fügen zum Nachtheil des Königs noch Manches hinzu, was durch eine Gerichtenverhandlung vermuthlich widerlegt würde. Denn der jetzige König wird allgemein als ein sehr sparsamer und durch den durch ehrenhafter Mann geschilbert.

Die Lage in Italien ist überhaupt kritisch. Die Ermordung des Socialisten Frezzi durch Polizei-Agenten italienische Uch-Großhungen — hat eine tiefe Wirkung in den weitesten Kreisen hervorgerufen; und das bis dahin Schwindel-Capital, das die Reactionäre aus dem jüngsten Irrenhäuser-Attentat für die Monarchie geschlagen hatten, langsam verbraucht. Und viel zuzufügen hat die Monarchie in Italien mahhaftig nicht.

**Amerika.**

Neue Krisis wegen Cuba. „Daily Chronicle“ meldet aus Washington, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien wegen Cubas nähern sich einer Krisis. In politischen und amtlichen Kreisen wird geglaubt, die amerikanische Regierung werde in wenigen Tagen genöthigt sein, einen Schritt zu thun, der den Bruch mit Spanien veranlaßt. Nach amerikanischen Consularberichten sollen Hunderte von amerikanischen Bürgern auf Cuba Hunger leiden und von der Behörden grausam mißhandelt werden. Am Montag wird der Präsident dem Congress eine Sonderbotschaft übermitteln, die einen Credit von 100 000 000 Dollar zum Ankauf von Lebensmitteln für die Nothleidenden auf Cuba fordert. Wegen des von den Türken mißhandelten Areta sind die Mächte zusammengetreten; wegen des von den „Christlichen“ Spaniern mißhandelten Cuba rufen sie keinen Jünger. Was soll aus diesem unglücklichen Land werden?

**Partei-Angelegenheiten.**

Parteiliteratur. Das Stenogramm der Reichstags-Sitzung vom 17. d. Mts. über die Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphe und Eintrag Abend unter dem Titel: „Die Majestätsbeleidigungen vor dem Reichstage“ im Verlag von Buchhandlung „Sterns“ herausgegeben. Die Broschüre enthält einen Bogen Programm anhängen; der Preis beträgt 15 Pf. Die Beschlüsse werden nach der Reihenfolge des Eingangs ertheilt. Die socialdemokratische Fraction beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, sich auf dem internationalen Arbeiterkongress in Zürich durch die Abgeordneten Behl, Willenberg, Viehbach u. s. w. vertreten zu lassen. — Als Redner zum Nachhinein trat auch die Abgeordnete Singer, Leyden und evunt. J. 1897 beginnt werden.



Arbeiterbewegung.

Sanarbeiter. In Banat fordern die Maurer und Bauhilfsarbeiter die 9 1/2-stündige Arbeitszeit, 50 beziehentlich 42 1/2 Pf. Stundenlohn, bessere Einrichtung der Baubuden, Auszahlung des Lohnes auf der Baustelle und Ausbühnung der Unfallversicherungs-Vorschriften. Die Bauhandwerker in Auzich beschließen den Feiertagsbetrieb und 35 Pf. Stundenlohn zu fordern. In Erfurt arbeiten bei 16 Unternehmern 52 Zimmerer zu den geforderten Bedingungen. 60 streikende Zimmerer mit 114 Kindern und 9 streikende Bauhilfsarbeiter mit 13 Kindern sind zu unterstützen. Der Streik der Bauhandwerker in Schwabach ist durch Vergleich nach zweitägiger Dauer beendet. Ein Theil der Forderungen wurde bewilligt.

Die Barbier- und Friseurgehilfen in Brandenburg beschließen die Forderung zu stellen, daß vom 1. Juni an die Barbierläden um 9 Uhr Abends geschlossen werden sollen. Von 38 Prinzipalen haben 26 bereits die Forderung bewilligt. Das Gewerkschaftscomité hat den Gehilfen seine Unterstützung bei der Durchführung des Neunühr-Ladenschlusses zugesagt.

Bäder. Die Bädereigenen in Ferrara (Italien) setzten ihre Forderungen durch; der Streik ist beendet.

Bergarbeiter. Der Zustand der Bergleute in La Grande Combe (Frankreich) dauert noch immer fort; im Gegensatz zu den Angaben bürgerlicher Blätter sind wenig Arbeiter in die Gruben zurückgeführt. Der Pariser Gemeinderath hat 10,000 Francs zur Unterstützung der Streikenden bewilligt. Der Präfect machte aber seinen „nachdrücklichsten Vorbehalt“ — die übliche Formel für Ankündigung der kommenden Annulirung des arbeiterfreundlichen Votums durch die Regierung.

Helzarbeiter. Der Tischlerstreik in Stettin dauert fort. Hutmacher. Der Streik der Leipziger Seidenhutmacher dauert ununterbrochen fort. Die Unternehmer zeigen sich in keiner Weise zu Verbesserungen geneigt.

Steinbrüche. In Behrshof bei Oppach haben am 14. d. wus. sämtliche in 5 Steinbrüchen beschäftigten 70 Steinarbeiter nach dreimaligem erfolglosem Versuch, mit den Unternehmern in Unterhandlung zu treten, die Arbeit niedergelegt. Die Forderung ist eine fünfprocentige Lohnerhöhung und Einführung eines Tarifs.

Die Straßenbahnangelegenheiten in Essen stellten am 16. d. sämtliche die Arbeit ein; aber nur eine Stunde dauerte der Streik, dann bewilligte die Direction fast alle Forderungen.

Steiniger. In Magdeburg hat ein Generalstreik der Steiniger begonnen.

Weißgerber. Aus Konstanz am Bodensee wird mitgeteilt, daß am 12. Mai sämtliche Weißgerber der Hartmannischen Hauptfabrik wegen der Entlohnung von 6 Kollegen die Arbeit niedergelegt haben. Sie sind sämtlich Mitglieder des Deutschen Veterinarbeiter-Verbandes.

Zimmerer. In Essen legten am Montag die Zimmerleute nach vor schriftsmäßiger Kündigung die Arbeit nieder; die Ausschüßten sind sehr zahlreich.

Kleine Rundschau.

Von den Samoanerinnen im Berliner Passage-Parasitium sind wiederum fünf entflohen und vier andere wurden in Vorbereitung zur Flucht ergriffen. Von den ursprünglich entflohenen vier Mädchen sollen sich zwei von einem jungen Techniker, welcher der samoanischen Sprache mächtig ist, entführen lassen haben. Man hat die Spur der Entflohenen bis nach Swinemünde verfolgt.

Nachen, 17. Mai. Ein bedeutendes Schadenafeuer zerstörte die Magazingebäude der Grube „Maria“ in Kölschfeld.

Auf dem Gardasee ertrunken. Das Ehepaar Gerspeck aus Landshut, welches eine Bootsfahrt auf dem Gardasee machte, wurde vom Sturm überfallen, wobei das Boot umkippte und der Gemann ertrank.

Von den bei der Katastrophe in der Rue Jean Goujon in Paris Umgekommenen 121 Personen sind bisher 116 erkannt: Von diesen wohnten 8 außerhalb Paris. Hinsichtlich Geschlecht und Alter dieser 116 ist zu bemerken: Im Alter von 2-9 Jahren 1 Knabe und 4 Mädchen; von 10-19 Jahren 1 männliche und 6 weibliche Personen; von 20-39 Jahren 1 männliche und 37 weibliche; von 40-59 Jahren 39 weibliche. Von 60 Jahren und darüber 3 männliche und 24 weibliche; im Ganzen 6 männliche (darunter 2 Knechte) und 110 weibliche Personen.

Frau und Fräulein Delaune, zwei weitere Opfer des Pariser Brandes, erlitten am Sonntag ihren Brandwunden. Frau Delaune hatte sich beim Ausbruch des Feuers bereits auf die Straße geworfen, als sie bemerkte, daß ihr die Tochter von der Seite gerissen worden war; ohne Hören zu setzen, stürzte sie sich wieder ins Flammeer, es gelang ihr, das bereits brennende Kind der Gluth zu entreißen, sie verbrannte sich aber bei dem heldenmüthigen Rettungsversuch selbst tödtlich. Die Polizei schloß das Porte Saint Martin-Theater, weil der Leiter den ihm gewordenen Amtsbefehl, Vorkehrungen zur Sicherheit der Besucher gegen Feuergefahr zu treffen, nach Pariser Brauche erst lächelnd seinem Archiv einverleibt hatte. Sechs andere Theater liefen ruhig, mit denen es nicht beffer bestellt ist, als mit der Porte Saint Martin, sind von einem ähnlichen Schicksal bedroht.

Im Schlaf verbrannt. Auf einem Backhofs in Stamps südlich von Versailles verbrannten acht herumschleichende, unbekannte Feldarbeiter, welche in einem Strohschuppen ihr Nachtlager aufgeschlagen hatten.

Ganz außerordentliche Verwüstungen haben die drei Eiswälder in Frankreich angerichtet. Etwa in 20 Departements sind die Obstbäume, die Weinstöcke, die Kartoffeln und die Bohnen erfroren. Der Schaden kann noch nicht ganz übersehen werden, doch beläuft er sich allein für das Yonne-Departement auf über zwanzig Millionen.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Güterzug und einem Arbeiterzuge unweit des Bahnhofs Zekaterinostaw wurden sieben Waggon zerstört; ein Arbeiter wurde getödtet. Der Maschinenführer und zwei Arbeiter erlitten Verletzungen.

Locale Rundschau.

Breslau, den 18. Mai 1897.

Die Coalitionsfreiheit und die königliche Eisenbahn-Verwaltung in Breslau.

Welche Kopfschmerzen der Verband deutscher Eisenbahnarbeiter der hiesigen königlichen Eisenbahn-Direction verursacht, ist aus Folgendem ersichtlich. Die von ihren Kollegen zu Mitgliedern des Arbeiter-Ausschusses gewählten Arbeiter waren für Donnerstag, den 13. d. Mts. zu einer Versammlung nach dem Sitzungssaal, Oberschlesischer Bahnhof, Mittelportal I E einberufen worden. Erschienen waren: Herr Eisenbahn-Director Meier, Herr Regierungsrath Polomski, die Vorstände der 4 hiesigen Werkstätten-Inspectionen, ein Protokollführer, sowie ungefähr 30 Mitglieder des Arbeiter-Ausschusses. Das Wort nahm zunächst Herr Regierungsrath Polomski. Derselbe führte etwa Folgendes aus: Am 4. April cr. fand im Liebig'schen Saale eine Versammlung von Eisenbahnarbeitern statt, bei welcher Gelegenheit dieselben zum Eintritt in den Verband deutscher Eisenbahnarbeiter aufgefordert wurden. Es wurde dabei auch eine Resolution angenommen, des Sinnes, daß das Heil der Eisenbahner nur von der Socialdemokratie

komme. Zum Schluß wurde ein Hoch auf die Eisenbahnerbewegung ausgedrückt. Ferner sei vor Kurzem das Organ des Verbandes, „Der Bedruf der Eisenbahner“ hier verbreitet worden. Daß die ganze Bewegung eine rein socialdemokratische sei, gehe schon daraus hervor, daß in der Versammlung der Reichstagsabgeordnete Schoenlant gesprochen habe. Die Socialdemokratie aber habe es auf den Umsturz der heutigen Gesellschaftsordnung abgesehen, sie hulbige revolutionäre, ordnungsfeindlichen Bestrebungen und aus diesem Grunde müsse den Eisenbahnarbeitern der Beitritt zu diesem Verband entschieden verboten werden. In jeder Werkstätte, so führte der Regierungsrath weiter aus, sei ein Arbeiter-Ausschuss gewählt, durch welchen Jeder seine berechtigten Wünsche und Beschwerden an der richtigen Stelle vorbringen könne und berechtigten Wünschen würde jederzeit Folge gegeben. Könnten dieselben jedoch nicht erfüllt werden, so würden von der Verwaltung auch die Gründe dafür angegeben. Da jedoch auch der Lohnetat in befriedigender Weise geregelt worden sei, so hätten die Eisenbahnarbeiter überhaupt nicht nötig, sich dieser Bewegung anzuschließen. Im „Bedruf“ sei wiederholt darauf hingewiesen, daß den Arbeitern laut § 152 der Gewerbeordnung das Coalitionsrecht gewährleistet sei. Die Verwaltung habe auch durchaus nicht die Absicht, das Coalitionsrecht der Arbeiter anzutasten oder denselben irtüchtig zu machen, derartige ordnungsfeindliche Bestrebungen aber, wie sie in der hergebrachten Versammlung wie im „Bedruf der Eisenbahner“ zu Tage getreten, bulde sie auf keinen Fall, sie handle da genau so wie jeder andere Arbeitgeber, welcher auch keine Arbeiter beschäftige, die an solchen Bestrebungen theilnehmen. Er, Redner, warne also hiermit ausdrücklich Jeden, sich dem Verbande anzuschließen, denselben zu unterstützen, oder das Organ des Verbandes, „Der Bedruf“ zu abonniren. Für die, welche Solches dennoch thun, seien es nun Beamte oder Arbeiter, sei kein Platz bei der Eisenbahn, sie würden unweigerlich entlassen. Zum Schluß forderte der Herr Regierungsrath die Arbeiter-Ausschussmitglieder auf, ihre Kollegen in den Werkstätten von dem Resultat dieser Versammlung in Kenntniß zu setzen. Hierauf erklärte der Herr Regierungsrath noch, wenn Jemand zu dieser Sache, aber nur speciell zu dieser, das Wort nehmen wolle, so könne dies geschehen, andernfalls könnten die Ausschuss-Mitglieder ihre Meinung darüber auch bei dem Vorstand der Inspection, welcher sie angehören, äußern. Da sich Niemand meldete, war die Sitzung geschlossen.

Soweit der Bericht, der uns aus dem Kreise der Eisenbahner von vertrauenswürdiger Seite zugegangen. Eine hübsche Logik, die der Herr Regierungsrath da entwickelt, wenn er einerseits feierlich erklärt, die Verwaltung wolle die Coalitionsfreiheit, die das Gesetz den Arbeitern (auch den an der Eisenbahn beschäftigten) gewährleistet, nicht antasten, im selben Athemzuge aber andererseits erklärt, wenn die Arbeiter von ihrem Coalitionsrecht Gebrauch machen, dann werden sie wegen Theilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen sofort entlassen. Das ist, wie die berühmte Thadden-Triglaß'sche Pressfreiheit mit dem Galgen daneben, die Coalitionsfreiheit, auf deren Gebrauch die Strafe des Hungertodes steht. Nun, die Eisenbahner werden ganz ohne die väterlichen Ermahnungen und Drohungen des Herrn Regierungsrath selbst wissen, was sie zu thun haben.

\* Zur Aussperrung der Tischler wird uns gemeldet: Von den Arbeitgebern, welche sich am Sonntag für die Aussperrung der Gesellen erklärten, haben bis Dienstag Vormittag noch folgende Firmen eine Aussperrung vorgenommen: Buhl 13 Gesellen, Wiener 25, Vankel 6, Will 14, Böbel 5, Gumiach 10, Koschate 12, Mafke 2 und Schön 3; außerdem wurde bei Dolota 9 Mann gekündigt. Die Gesamtzahl der Ausgesperrten beträgt jetzt 300.

Das Streikbureau befindet sich in Jänisch Brauerei, Heinrichstraße 5; desselb wird auch Arbeitsgelegenheit nach auswärts vermittelt.

\* Eine Versammlung der ausgesperrten Tischler Breslaus findet Mittwoch, Vormittags 10 Uhr, im großen Saale des „Schießwerder“ statt. Zu der Versammlung werden auch die Meister eingeladen.

\* Zur Lohnbewegung der Kupferschmiede. In der am Sonntag, den 15. Mai, im Vereinslocale, Neuberger Restauration auf der Grefchengasse, abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, noch mals an die Arbeitgeber heranzugehen und sie zu Unterhandlungen zu veranlassen. Sonnabend, den 22. Mai, wird das Resultat in einer Versammlung bekannt gegeben.

\* Pressproceß. Der Redacteur der „Breslauer Zig“, Herr Gotschalk hatte sich heut vor der I. Strafkammer des Breslauer Landgerichts wegen Verleumdung des Vorstehenden der Steuerberatersammlungs-Köhne zu verantworten; das Urtheil lautete auf 150 Mark Geldstrafe.

\* Schwere Unglücksfälle. Am 10. d. Mts. stürzte der Hauskhalter Herrmann Hein in einem Hause an der Dblauerstraße eine Treppe hinab und erlitt dabei einen Schädelbruch, an dessen Folgen er starb.

Versammlungsberichte.

Das Gewerkschaftscomité hielt am Montag eine Mitgliederversammlung ab, in welcher 7 Delegirte fehlten und zwar: Steinweg Förster, Handschuhmacher Behl, Maler Kaldara, die Steinsetzer Ritzke und Herrmann, Straucator Holz und Nachbater Menzel. In die Tagesordnung: Der Tischlerstreik, eintrittend, erbielt zunächst Tischler Siegmann das Wort, welcher über die Lohnbewegung der Tischler eingehend berichtete und um thätigste Unterstützung der Ausgesperrten ersuchte. Die sich hieran anschließende lebhaft Discussion hatte als Ergebnis den nachstehenden Beschluß:

Die heutige Cartellversammlung stellt sich nach der Aussperrung auf die Seite der Tischler und verpflichtet die Delegirten, in ihren Berufen energisch für die Unterstützung der Kämpfenden einzutreten.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete eine längere, äußerst anregende Debatte in welcher unter Hinweis auf den bedauerlichen Todesschickal besonders betont wurde, daß die Arbeiter ihre Kräfte nicht in zwei Organisationen zer Splitttern sollen, sondern im eigenen Interesse verpflichtet wären, sich den bestehenden, kampffähigen Centralorganisationen anzuschließen. Die Versammlung erreichte erst gegen 12 Uhr ihr Ende.

Provinzielle Rundschau.

Eignig, 17. Mai. Der Streik der Maurer und Zimmerer, der am 26. April begann, wurde am 16. Mai durch einen Vergleich beendet, der zwischen Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer unter Vorstz des Oberbürgermeisters zu Stande kam. Erreicht ist eine Lohnzulage von 8 bis 4 Pf. die Stunde und die Anerkennung eines aus freier Wahl der Arbeiter hervorgehenden Gesellenausschusses als legaler Vertreter derselben. Es wäre mehr erreicht worden, wenn nicht etwa seitens der Führer der Hirsch-Dunderianer, welche letztere den Anstoß zu der Lohnbewegung gegeben hatten, den Streik durch ihre Quereingriffe geschädigt hätten, während andererseits die Localpolitik über Streikende, die am Bahnhof und in den Straßen Posten gestanden hatten, wegen „groben Unfugs“ eine Unmenge Geldstrafen verhängen hätte. Die Arbeiter sollen hierfür nicht weniger als sechshundert Mark zahlen. Gerichtliche Entscheidung ist beantragt. An dem Streik waren betheiligt 280-300 Maurer und 90 Zimmerer. Der Zugang war sehr gering. Mittheilen ist noch, daß durch den Streik die Fällalen des Maurer- und Zimmererverbandes beträchtlich an Mitgliedern zugenommen haben, unter anderem auch durch den Beitritt von circa 30 Hirsch-Dunderianern.

Altwasser, 17. Mai. Der Parteitag des Bezirksverbandes Breslau der freisinnigen Volkspartei, der hier am Sonntag stattfand, nahm zunächst ausführliche Berichte über die einzelnen Wahlkreise des Bezirks entgegen. Bei dieser Gelegenheit wurde die Geldfrage, die Förderung der Gewerbetreibenden, die Verbreitung der freisinnigen Presse u. s. w. erörtert. Sodann erfolgte die Wahl des Vorstandes und des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes. Zum Schluß der Delegirtenversammlung wurde die Gründung von Kreis-Communal-Vereinen erörtert und folgende Resolution gegen das neue Vereinsgesetz einstimmig angenommen:

Die heute in Altwasser tagende Delegirten-Versammlung der freisinnigen Volkspartei für Mittelschlesien erbielt in der dem Abgeordnetenhaus zugegangenen No. 111 zum Verein 8. Artikel den durch und durch reactionären Versuch, jede Theilnahme des Volkes an politischen Leben geradezu unmöglich zu machen und diejenigen, welche trotzdem noch den Muth besitzen, für die Rechte des Volkes öffentlich einzutreten, dem freien und durchaus nicht immer verständigen Ermessen der untergeordneten Polizeibehörden preiszugeben. Die Delegirten-Versammlung spricht ihre volle Anerkennung aus über das thatkräftige Vorgehen, durch das die freisinnige Volkspartei noch in letzter Stunde die der politischen Freiheit drohende Gefahr abzuwenden sucht; sie erwartet aber auch von dem freisinnigen Bürgerthum in Stadt und Land die rückhaltlose Unterstützung dieser Bemühung.

Reife, 15. Mai. Soldaten selbstmord. Erschossen hat sich, nach der „N. Br.“, gestern Abend in dem Watter'schen Hause an der Schmiedebrücke der Burche eines Offiziers vom Füsilier-Regiment von Tieskau in seiner Wurfheute mit einem Revolver seines Herrn. Das Motiv zur That soll Furcht vor Strafe gewesen sein.

Zaborze, 16. Mai. Die für heute Nachmittag einberufene Gewerkschafts-Versammlung wurde unmitttelbar nach der Eröffnung vom Amtsvorsteher aufgelöst, weil das Versammlungslocal nicht geeignet sei. Diese Auflösung wirkt wie zwei gut abgelaufene Versammlungen. A. Bergmann-Breslau sollte referiren. Der Zaborzer Amtsvorsteher war von circa zehn Polizeibeamten unterzückt, trotzdem brachten sie nicht einzuschreiten.

Neueste Nachrichten.

Vom griechisch-türkischen Kriege.

Nunmehr ist es wiederum zu einer Schlacht zwischen Türken und Griechen gekommen. Griechen griffen die Leheren bei Demotus, wo diese sich verschanzt haben, an und haben sie allseitig nach gezwungen jene Höhen zu verlassen und sich zum Rückzug zu wenden. Aus Athen berichtet man:

Nach den bis Mitternacht hier eingegangenen Depeschen vom Kriegsschauplatz haben die Türken in einer Gesamtstärke von 35.000 Mann Infanterie, Cavalerie und Artillerie gegen Mittag in der Richtung von Thomosos den Angriff auf die griechische Stellung, namentlich auf den griechischen Flügel und das Centrum, begonnen. Die Türken, welche den Durchbruch nach Süden erzwingen wollten, um Thomosos zu bloßren, gingen auf der Straße von Parafala nach Thomosos bis zum Dorfe Zonlivan(?) vor. Die griechische Artillerie eröffnete auf 7000(?) Meter Entfernung das Feuer, wodurch die Türken gezwungen wurden, in der Richtung nach Parafala zurückzugehen. Auf dem rechten Flügel bei Palmuros haben die Türken den Obersten Smolenki mit fünfzig überlegenen Streiträufen angegriffen. Gegen 9 Uhr abends waren die Griechen um 6 Kilometer auf des Centrum ihrer Stellung zurückgedrängt. Dieser Erfolg der Türken auf dem rechten Flügel veranlaßte jedoch den Rückzug derselben nach Parafala nicht aufzuhalten, wie ein Telegramm aus Thomosos von 11 Uhr nachts berichtet. Der Kampf hatte bis nach Sonnenuntergang gedauert. Oberst Mavromichalis wurde am rechten Fuß verwundet.

Weiter wird berichtet: Da die Türken sich in Nikisi, nördlich der Linie Thomosos-Alturo, festgesetzt haben, gehen die Griechen auf die Gebirgsausläufer an der alten Grenze im Throsgebirge zurück.

Die Erregung in Athen ist auf dem Höhepunkte. Die Minister sind seit Mittag im Marineministerium, wo die telegraphische Verbindung mit dem Kriegsschauplatz erdet, versammelt. Mit den von der Türkei gestellten Friedensbedingungen sind die Mächte und besonders Deutschland nicht einverstanden. Die „kölnische Zeitung“ meißelt aus Berlin: Die hier vorliegenden weitestlichen Friedensbedingungen der Pforte haben dem Vernehmen nach auch in diesem amtlichen Kreise einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen. Die Forderungen der Wiederherstellung der alten Landesgrenze und der Abschaffung der Capitulationen für die in der Türkei lebenden Griechen werden als unannehmbar bezeichnet. Sämmtliche Großmächte seien einmüthig in der Ablehnung beider Punkte. Die Worte stelle sich durch die erste Forderung in directen Widerspruch mit ihrer am 17. April gegebenen Versicherung, keine Eroberungen anzustreben, und könne sich mit einer strategischen Grenzberichtigung begnügen. Ergiebig sei auch eine Neuordnung der Capitulationen bezügl. Beseitigung begründeter Mißbräuche. Indeß könnten die Mächte vor dem Grundsaß, die Capitulationen aufrecht zu erhalten, nicht abgehen, sie seien also nicht in der Lage, Griechenland hierzu zur Nachgiebigkeit zu ermahnen.

Die griechische Regierung beschwerte sich bei den Mächten, daß die Türken trotz der defensiven Haltung der griechischen Truppen fortgesetzt zum Angriff übergingen. Auch nicht über! Sollen die Türken etwa ihre erregtenen Vortheile laben, obwohl weder der Friede noch ein Waffenstillstand abgeschlossen ist?

Königsberg i. Pr., 18. Mai. Am Sonntag ist das zwei Meilen von Allenstein gelegene Bauerndorf Groß-Perleiten fast ganz niedergebrannt. Das Feuer wurde durch einen Geisteskranken angelegt.

München, 18. Mai. Der Redacteur der „Münch. Freie Presse“, welche wegen des Artikels „Aus der Kinderkammer eines kais. Hofes“ konsistirt wurde, ist unter Anwesenheit des Zeugniswangsverfahre verhaftet worden.

Bukarest, 17. Mai. Infolge des anhaltenden Regens der letzten Tage sind im Rumänien's großen Ueberfluthungen eingetreten. Zwischen Bukarest und Berciorova ist der Verkehr unterbrochen in Folge Einsturzes einer Brücke bei Statina. Auch auf der Linie Bukarest-Bredal ist der Verkehr unterbrochen.

Breslau, 17. Mai. In der südlichen Kathedrale brach während der Girung Feuer aus. Es entstand eine Panik. 15 Kinder sind verletzt. Das Feuer wurde bald gelöscht.



Standesamtliche Nachrichten

Sonntag 17. Mai.

Todesfälle. I. Anno, L. d. Arbeiters Ferdinand Bittner, 1 J. - Arbeiter Georg Richter, 76 J. - Arbeiter Conrad Bunke, 61 J. - Arbeiterin Auguste Herzog, geb. Hippe, 34 J. - Arb. Carl Baupel, 58 J. - Arbeiterin Theresia Becher, 79 Jahre -

H. Maurerfrau Agnes Rablert, geb. Mende, 23 J. - Friedrich, S. des Malers Ferdinand Nachate, 4 Jahre. - Näherin Pauline Jemer, 33 J. - Wilson, S. d. Zimmermeisters Johann Schnitzer, 1 J. - Lydia, T. des Schlossers Richard Fig., 11 Jg. - Näherin Bertha Dittich, 29 J. - Wilhelm, S. des Stellmachers Wilhelm Reichert, 6 M. - H. Tischlermeisterwitwe Antonie Scholz, geb. Sagaster, aus Ober-Glogau, 61 J. - Elise, T. des Schuhmachers

Heinrich Pohl, 4 Mon. - Helene, T. des Fritschers Carl Schlabig, 5 J. - Arbeiter Friedrich Scheurich, 54 J. - Arbeiterin Elli Majank, 45 J. - Comptoldienersfrau Anna Lindner, geb. Koblitz, 35 J. - Brauer Gottlieb Wielsch, 41 J.

Koch-, Bäcker- und Conditor-Wäsche.

Die Firma wurde auf der Bäckerei- und Conditorei-Ausstellung in Carlsruhe und Altenburg mit dem höchsten Preise, sowie in Breslau mit der silbernen Medaille ausgezeichnet, weil sie die praktischsten fertigen Wäsche- und Anzugarten ausgestellt hatte.

Weisse Jacken

aus bestem Körperstoff, mit Steh- oder Umlegekragen, einreihig Brustweite 50+90 95+100 105 110 cm. A 3,50 3,90 4,15 4,25

Bauchschürzen

aus grauem oder blauem Leinen mit Latz, klein 80 A, mittel 90 A, gross 1,10 A

zweireihig

A 3,90 4,35 4,85 5,- im 1/2 Dutzend Stück 10 P. billiger.

Weisse Schürzen

aus starkem Elsasser Double, 100 cm weit, Länge 90 100 110 cm. Mit Latz A 0,90 1,05 1,10 ohne Latz A 0,85 1,- 1,05

Graue Arbeits-Jacken

aus kräftigem, dauerhaftem Dreill, Klein mittel gross Stück A 3,25 3,50 3,75

Graue Arbeits-Hosen

aus Dreill, Körper, Atlas-Körper 100 cm weit, Länge 90 100 110 cm. Mit Latz A 1,40 1,60 1,75 ohne Latz A 1,35 1,55 1,70

aus Dreill, Körper, Atlas-Körper Paar A 1,95 2,35 4,-

Weisse Mützen aus bestem Körperstoff.

Russische Form a) mit einfach. 60 b) mit hohem Rand. Stück A 75 Russini Mit extra hoh. Rand. Stück A 75 Küchen-Chef Neueste Form Stück A 1,-

Reichillustrierte Hauptpreislisten bereitwillig und kostenfrei. Nichtconvenirende Waaren (soweit dieselben nicht extra angefertigt sind) werden jederzeit bereitwillig umgetauscht oder gegen Erstattung des Betrages ganz zurückgenommen.

Franco-Versand aller Waaren im Werthe von 20 Mark an.

Julius Henel vorm. C. Fuhs,

Hoflieferant, ausgezeichnet mit 6 Kaiserl. Königl. Prinzl. u. Fürstl. Hof-Diplomen mit der Königl. Preuss. Staats-Medaille u. vielen anderen Ehren-Anerkennungen.

BRESLAU.

Am Rathhause 24-27.

Siehe durch die ergebene Mittheilung, daß ich überhört Gräbichenerstraße 89 (unten dem Königl. Polizei-Commissariat) eine Lederhandlung nebst Saffetfabrik eröffnet habe.

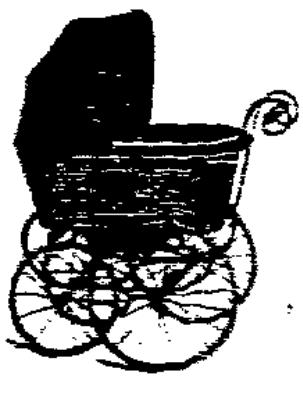
Es wird mein Betreiben sein, nur gute und erprobte Waaren zu liefern und bitte ich um geneigte Berücksichtigung meines Unternehmens.

E. Pincus.

Telephon 1006.

Carl Feist,

Nr. 2, Langelholzgaße Nr. 2, Küchenmöbel, Passirer und Holzwaarenfabrik, Magazin für compl. Küchenausstattung, Größtes Lager von Kinderwagen zu billigen Preisen.



Lobo-Theater.

Dienstag: „College Crampton.“ Mittwoch: „College Crampton.“

Victoria-Theater.

Direction Keller. Vollständig neues Programm. Preis: Nummeriert 1 Mark, hervort 75 Pf., Extra 50 Pf. im Vorverkauf nummeriert 75 Pf., hervort 60 Pf., Extra 40 Pf.

Heute und morgen

bleibt der Eintrittspreis zur Ausstellung der berühmten Colossal-Gemälde Vitriol, Lady Godiva, Loreley, Unschuld, Märchen und anderen Bildern auf 10 Pfg. ermäßigt. Die Ausstellung Ohlauerstraße 34 ist bis Abends 9 Uhr geöffnet.

Gabr. Roeslar's Brauerei.

Täglich Auftreten der Behrison-Truppe.

Frei-Concert

unter Mitwirkung von Künstlern.

Ausstattungs-Möbel!

in allen Gattungen empfiehlt zu sehr billigen Preisen Joseph Stephan, Stadgasse 13, nahe der Universitat, 2018

Stück 3 Mark

Raffinirte gold. Finge, 1/2 bis 3/4 in reichl. Auswahl 2150

Reparatur-Werkstatt.

E. Neumann, Gold- u. Silber- u. Juwelier, Breslau, Riesterstr. 11

Polster-Berg.

Polster, Agara, Indische, Persische, Seiden, Teppiche, Kissen, etc.

Jul. Moritz, Seiler.

Ul. Kupfer-Schmiede - Str. 44.

G. Reibstirn

Friedr.-Wilhelmstr. 58a. 2122

Theodor Muszynski's Beerdigungs-Institut

empfehl ich dem pp. Publikum einer geneigten Beachtung. Kiefernarg mit Leichenkleid und Kissen, 1 Begleitwagen sowie Bejorgung sämtlicher Commissionen 20 Mk. Klasse 2: Kiefernarg, gefeilter Sarg mit sämtlichen Commissionen 26 Mk. Klasse 33: Mt. Doppelt gefeilter Sarg, Beschläge am Ober- und Untertheil, innere Ausstattung, Steppdecke, Jade, Kattun mit Beleuchtung, Pflanzen-Decorationen, 4 Begleitwagen, 1 Diener und Bejorgung sämtlicher Commissionen 70 Mk. Patentsarg, sogenannte Prachtarg mit ff. Ausstattung und allen Bejor., ungenannt, sowie Katafalk, Pflanzen-Decorationen, Bahndr., 4 Begleitwagen, 1 Diener zum Preis von 100 Mk.

Theodor Muszynski, Tischlermeister

Gräbichenerstraße 40. neben der Hollei-Apotheke. Haltestelle der electricischen Straßen-Bahn

Achtung! Große öffentliche Tischler-Versammlung

Mittwoch, den 19. Mai cr., Vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Schießwerder.

Tages-Ordnung: 1. Die Lohnbewegung 2. Die Ausperrung. 3. Verschiedenes Frauen, sowie die Herren-Arbeitgeber, sind eingeladen.

Die Lohncommission.

4. Klasse 106. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers for Class 106, including columns for numbers and their frequencies.

Table with lottery numbers for Class 106, including columns for numbers and their frequencies.

Kaufhaus Louis Grand, Breslau, Reuschestraße 15, part. u. l. Et. Neu aufgenommen. Kein Ausschuss.

Table listing various goods and their prices, including categories like Emaille, Glas, Porzellan, Steinart, and Kurzwaaren.

Lsg. sämtl. Manufactur- u. Modewaaren, Leinen, Teppiche, Gardinen, Portiären, Tischtücher, Läuferstoffe, Handtücher, Knabenanzüge, Schirme, Cravatten, Handschuhe.